

**Fragestunde  
gemäß § 48 der Geschäftsordnung  
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 10.12.2020**

<p><b>Nr. 267</b></p>	<p><b>Dr. Hans-Achim Michna</b> <b>CDU</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>In der wöchentlichen Telefonkonferenz des Sozialausschusses am 13. Mai 2020 wurde die Problematik der Quarantäneverweigerer im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 thematisiert. Im konkreten Zusammenhang ging es um drei Personen, die trotz Aufklärung mehrfach gegen die Quarantänevorgaben verstoßen haben.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Kosten entstehen für die Stadt Wiesbaden durch zwangsweise Absonderung auf Basis eines richterlichen Beschlusses pro Person/Unterbringung?</li> <li>2. Im Falle des Verstoßes gegen Quarantänevorgaben besteht die Möglichkeit der Gefährdung anderer. Wie groß schätzt der Magistrat dies grundsätzlich und in den konkreten drei Fällen ein?</li> <li>3. Welche Maßnahmen sieht der Magistrat als geeignet an, die <b>Gefährdung</b> der Bevölkerung möglichst gering zu halten und andererseits die Kosten für eine zwangsweise Quarantäne gering zu halten?</li> </ol>
<p><b>Nr. 263</b></p>	<p><b>Stephan Belz</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Gemäß der Richtlinien zur Beteiligung der Ortsbeiräte entscheiden diese auch über die Neu- und Umbenennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Wie viele Neubenennungen von Straßen und öffentlichen Einrichtungen wurden in den letzten 4 Jahren vorgenommen.</li> <li>2) Wie viele Umbenennungen von Straßen und öffentlichen Einrichtungen wurden in den letzten 4 Jahren vorgenommen.</li> </ol> <p>Der Magistrat wird um eine nach Straßen und öffentliche Einrichtungen getrennte Antwort gegeben.</p>

<p><b>Nr. 272</b></p>	<p><b>Monika Heller SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>In den vergangenen Jahren wurden auf diversen Friedhöfen in Wiesbaden artenarme Grünflächen durch das Grünflächenamt für die weitere Pflege durch die Imkervereine vorbereitet. Mit dieser Kooperation sollten bis zu 13.720 m<sup>2</sup> Blumenwiesen angelegt werden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. An welchen Friedhöfen in Wiesbaden konnte diese Kooperation mit den Wiesbadener Imkervereinen bereits realisiert werden, wie groß ist die Fläche der angelegten Blumenwiesen?</li> <li>2. Ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit gesichert und Bedarf es ggf. eine Finanzierung, um mehr Blühwiesen auf den städtischen Friedhöfen zu schaffen bzw. die Vorhandenen zu pflegen - wenn ja in welcher Höhe?</li> </ol>
<p><b>Nr. 270</b></p>	<p><b>Nadine Ruf SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Wie der Tagespresse zu entnehmen war, konnte nach Angaben des ESWE-Geschäftsführers Jörg Gerhard bei den 19 Buslinien, die auf dem ersten Ring unterwegs sind, mehr Komfort und Pünktlichkeit gemessen werden. Grund dafür seien die neuen Umweltpuren. Damit würde eines der mit den Umweltpuren verfolgten Ziele, nämlich eine qualitative Weiterentwicklung des ÖPNV, erreicht werden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie wurden der Komfort und die Pünktlichkeit der 19 Buslinien gemessen? In welchem Zeitraum, zu welcher Tageszeit und mit welcher Häufigkeit wurde gemessen und welche Kriterien wurden angewandt, um eine Verbesserung des Komforts und der Pünktlichkeit der Buslinien festzustellen?</li> <li>2. Welche konkreten Zeit- und Komfortgewinne liegen ESWE-Verkehr zugrunde?</li> <li>3. Wurden die coronabedingten Umstände von März bis Juni 2020 (weniger Fahrgäste, weniger Fahrten, weniger Verkehr) mit berücksichtigt?</li> </ol>
<p><b>Nr. 271</b></p>	<p><b>Dr. Gerhard Übersohn SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die 100.000 Euro Fördermittel für die Anschaffung von Cargo-Bikes in 2020 waren bereits Mitte Juli aufgebraucht. Mehr als 100 Förderzusagen für Privatleute und Gewerbetreibende wurden ausgestellt, was konkret jeweils eine Prämie von bis zu 1.000 Euro bzw. maximal 25 Prozent des Kaufpreises für den Antragsteller bedeutet.</p> <p>Um in Zukunft ggf. zielgerichteter steuern zu können, frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie verteilen sich die Förderzusagen auf private und gewerbliche Antragsteller?</li> <li>2. Wie verteilen sich die Förderzusagen auf Lastenräder mit und ohne Elektroantrieb?</li> <li>3. Wie verteilen sich die Förderzusagen auf die einzelnen Ortsbezirke?</li> </ol>

<p><b>Nr. 278</b></p>	<p><b>Jens Groth SPD</b></p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Im vergangenen Jahr wurde auf Bundesebene der Digitalpakt Schule mit einem Gesamtvolumen von 5 Milliarden Euro beschlossen, wovon 372 Millionen Euro auf Hessen entfallen. Durch die Aufstockung von Stadt und Land stehen in Hessen insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung, wovon zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur rund 20,6 Millionen auf Wiesbaden entfallen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Wie viele Mittel wurden in Wiesbaden aus dem Digitalpakt Schule bislang abgerufen?</li> <li>2) Wie ist diese Höhe im Vergleich zu den anderen hessischen Kommunen zu bewerten?</li> </ol>
<p><b>Nr. 276</b></p>	<p><b>Lucas Schwalbach FDP</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im Frühjahr 2020 sorgte ein Urteil um drei in einem Dorfteich ertrunkenen Kinder für Aufsehen: Das Amtsgericht Schwalmstadt verurteilte den Bürgermeister der Gemeinde Neukirchen wegen fahrlässiger Tötung durch Unterlassen zu einer Geldstrafe. Der besagte Teich war jahrelang als Freizeitanlage mit Grillplätzen genutzt worden, ein Schild wies auf mögliche Gefahren hin. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass die Stadt Neukirchen als Eigentümerin den Teich hätte sichern müssen. Der Fall in Neukirchen hat bundesweit für Aufsehen gesorgt, weil die Entscheidung auch Einfluss auf andere Gemeinden haben könnte, die ähnliche Teiche und Gewässer haben. Schon die Anklage hatte für heftige Proteste unter Bürgermeistern und Kommunalpolitikern gesorgt.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Wie schätzt der Magistrat die Folgen des Urteils ein?</li> <li>2) Existieren Gewässer vergleichbarer Art auf Wiesbadener Gemarkung?</li> <li>3) Hält der Magistrat zusätzliche Sicherungsmaßnahmen an Wiesbadener Gewässern für nötig, sollte das Urteil Bestand haben?</li> </ol>
<p><b>Nr. 277</b></p>	<p><b>A. Winkelmann FDP</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Bundesregierung möchte bis 2030 sieben bis zehn Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen sehen, auch die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich die Förderung der E-Mobilität auf ihre Fahnen geschrieben. Nun scheint ein Durchbruch kurz bevorzustehen: Mit 16.798 Neuzulassungen im Juli 2020 erreichten die Stromer einen Marktanteil bei den Neuzulassungen von 5,3 Prozent, Tendenz stark steigend. Auch die Zahl der Ladepunkte ist laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) dieses Jahr von 10.000 auf 27.730 gestiegen. Die meisten Ladepunkte gibt es demzufolge mit 1.185 in München, auf den Plätzen zwei und drei folgen Hamburg mit 1.096 und Berlin mit 1.052 Stationen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p>

		<ol style="list-style-type: none"> <li>1) Wie viele öffentlich zugängliche Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge stehen nach Kenntnis des Magistrats in Wiesbaden derzeit zur Verfügung?</li> <li>2) Wie viele Lademöglichkeiten werden nach derzeitigem Kenntnisstand in den nächsten drei Jahren hinzukommen?</li> </ol>
<b>Nr. 255</b>	<b>Joachim Tobschall</b> <b>SPD</b>  Dez. II z.w.V.	<p>Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat nach der steigenden Zahl von Erkrankungen durch den Coronavirus-Ausbruch einen internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen.</p> <p>Zwar hat sich in Wiesbaden der Verdachtsfall einer Infektion am 29.01.2020 nicht bestätigt, in Frankfurt werden allerdings erste Virusinfektionen bekannt gegeben.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Maßnahmen übernimmt das Gesundheitsamt als öffentliche Gesundheitsbehörde, wenn ein Verdachtsfall einer Infektion mit dem Coronavirus festgestellt wird?</li> <li>2. Welche Maßnahmen würden im Fall einer Epidemie eingeleitet werden?</li> <li>3. Welche Organisationen und Einrichtungen des Gesundheitswesens und des Katastrophenschutzes würden an solch einem Masterplan beteiligt werden?</li> <li>4. Wie würde sich eine regionale Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und Landkreisen im Fall einer Epidemie darstellen?</li> </ol>
<b>Nr. 279</b>	<b>Christian Bachmann</b> <b>FW</b>  Dez. V z.w.V.	<p>In vielen Beschlüssen zur Umsetzung der Verkehrswende in Wiesbaden werden auch immer wieder Parkmöglichkeiten aus dem öffentlichen Straßenraum umgewandelt in Umweltpuren und/oder Fahrradwege.</p> <p>Im Zuge dieses Wegfalls von Parkmöglichkeiten frage ich daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Parkplätze wurden im Jahr 2020 aus dem öffentlichen Straßenraum entfernt?</li> <li>2. Wie viele Fahrzeugabmeldungen sind in den betroffenen Gebieten innerhalb des gleichen Zeitraums zu verzeichnen?</li> </ol>
<b>Nr. 282</b>	<b>Konny Küpper</b> <b>Bündnis 90/Die Grünen</b>  Dez. IV z.w.V.	<p>Am 19.11.20 informierte Herr M. Dirting Magistrat und Fraktionen über ein Schreiben des Verteidigungsministeriums vom 02.11.20. Darin wird u.a. darauf verwiesen, dass die US-Army derzeit ihre Stationierungsplanung überarbeitet. Ohne aktuelle Daten zum künftigen Flugbetrieb der Airbase Erbenheim fehlt jedoch die Grundlage für die von der SEG in Aussicht gestellte Fluglärmstudie zum Entwicklungsvorhaben Ostfeld.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie kann ohne belastbare Datengrundlage für eine Fluglärmstudie die rechtlich vorgegebene zügige Durchführung des Entwicklungsvorhabens Ostfeld innerhalb eines absehbaren Zeitraums nach BauGB § 165 (Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen) gewährleistet werden?</li> <li>2. Mit Beschluss vom Dez. 19 wurde die Vorlage einer Vereinbarung mit der US Army zur Verlegung der Sichtflugrouten vor Vorlage der Satzung der SEM gefordert. Diese liegt bis jetzt nicht vor. Ist mit dieser überhaupt noch zu rechnen? Gibt es eine verbindliche zeitliche Vereinbarung hierzu?</li> </ol>
Nr. 283	<p><b>Dorothea Angor Bündnis 90/Die Grünen</b></p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Die Corona Pandemie stellt derzeit eine große Herausforderung an die Integrationsbemühungen für Flüchtlinge, da viele Integrationsangebote von Präsenzangeboten abhängig sind.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie stellt die Landeshauptstadt Wiesbaden unter Coronabedingungen sicher, dass das Angebot zum verpflichtenden Deutschunterricht für Geflüchtete weiterhin aufrechterhalten werden kann?</li> <li>2. Welche Organisationen bzw. Träger bieten derzeit Deutschkurse für Geflüchtete an?</li> <li>3. Welchen Einschränkungen unterliegen die Angebote derzeit?</li> <li>4. Gibt es bereits Ausweichangebote, wie etwa Onlinekurse, um die Teilnahme von Geflüchteten an Integrationskursen sicherzustellen?</li> </ol>
Nr. 284	<p><b>Dr. Hans-Achim Michna CDU</b></p> <p>Dez. II i.V.m. Dez. VI z.w.V.</p>	<p>In der Sitzung des Revisionsausschusses am 25. November 2020 konnten die AWO-Vertreter Herr Wolfgang Hessenauer und Herr RA Eike Happe zu Fragen zum Gesamtkomplex der Insolvenz der AWO Wiesbaden keine substantielle Auskunft geben, weil ihnen das angeblich aufgrund „besonderer Verschwiegenheits-pflichten infolge des nichtöffentlichen Insolvenzverfahrens“ verboten sei.</p> <p>Deshalb frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sind solche „besonderen Verschwiegenheitspflichten“ irgendwo gesetzlich normiert?</li> <li>2. Welchen Inhalt haben diese Verschwiegenheitspflichten?</li> <li>3. Welche zur angegebenen Sitzung schriftlich gestellten Fragen sind deshalb von einer besonderen Verschwiegenheitspflicht betroffen?</li> <li>4. Hatte die LH Wiesbaden zu einem früheren Zeitpunkt als dem 25. November 2020 Erkenntnisse, die auf eine (ggf. schwerwiegende) wirtschaftliche Schieflage der AWO Wiesbaden hingewiesen haben?</li> </ol>

		5. Wie bewertet der Magistrat übereinstimmende Aussagen noch aus dem Oktober 2020, dass bei der AWO Wiesbaden keine Insolvenz drohe?
Nr. 285	<p>H.-J. Hasemann-Trutzel CDU</p> <p>Dez. I z.w.V.</p> <p><b>schriftliche Beantwortung</b></p>	<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ist es Aufgabe des Magistrats oder der StvV, eidesstattliche Versicherungen entgegenzunehmen?</li> <li>2. Entnimmt der Magistrat seine Leitlinien des Handelns aus jenseits der tagesaktuellen Berichterstattung erfolgenden den Publikationen von Lokaljournalisten?</li> <li>3. Sieht der Magistrat es als in seiner gesetzlichen Zuständigkeit liegend an, Unternehmen unmittelbar zu befragen, was, wann und wie diese ihre unternehmerischen Aufgaben bewältigen?</li> <li>4. Sind dem Magistrat die für Unternehmen bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen vertraut?</li> <li>5. Ist der Magistrat berufen, bei der Besetzung von Geschäftsleitungspositionen 100-%ig privater Unternehmen mitzuwirken?</li> <li>6. Gehört es zu den Aufgaben des Magistrats, der Dezernate oder der StvV, interne Unternehmensstrukturen zu ermitteln?</li> <li>7. Begrenzt § 50 Absatz 2 Satz 1 HGO das Überwachungsrecht der Gemeindevertretung?</li> <li>8. Ist es die Pflicht des Oberbürgermeisters Beschlüsse, die der Gemeindeordnung nicht entsprechen, zu beanstanden?</li> </ol>